



**Eric Weber** Der verrückteste Basler Grossrat wurde abgewählt. Von Hannes Von Wyl

## Das Ende des Wahlfälschers

Es ist ein tragisches Bild, das Eric Weber am Wahlsonntag in Basel abgibt: Der Grossrat der «Volks-Aktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat» kniet auf dem Boden - die Kleidung mit Baslerstab und Schweizer Kreuz verkündet seine patriotische Mission -, die Hände hat er zum Gebet gefaltet. Er, der verurteilte Wahlfälscher, will in den Regierungsrat.

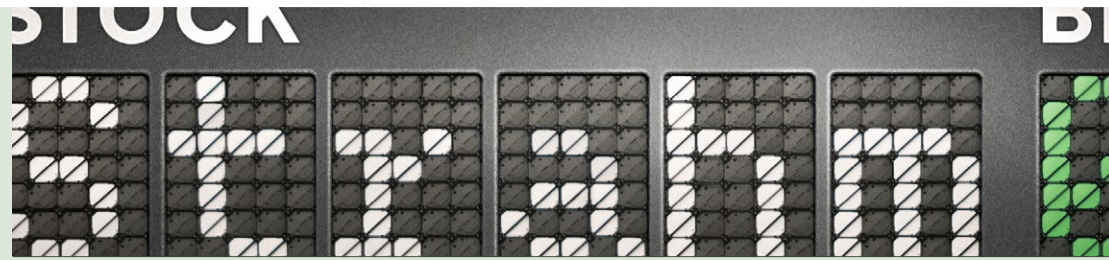
Es hilft nichts. Weber erhält 3247 Stimmen und landet damit weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Nicht, dass es je auch nur die geringste Chance gegeben hätte: Eric Weber ist ein Sonderling, der ganz am rechten Rand politisierte. Aufgewachsen in Basel, trat Weber in die Fussstapfen seines Vaters, der kurzzeitig Präsident der rechtsextremen «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» (die heutigen Schweizer Demokraten) war, und strebte ebenfalls eine politische Karriere an.

Mit 21 Jahren wurde Weber 1984 als jüngster Kantonspolitiker in den Grossen Rat gewählt. Wegen Manipulationen im Vorfeld seiner Wiederwahl vier Jahre später wurde er 1991 vom Strafgerichtshof Basel wegen Urkundenfälschung für fünf Jahre von jeglichen politischen Ämtern ausgeschlossen. Nach der Jahrtausendwende sollte der politische Neustart folgen. Bei der SVP und sogar bei der Pnos blitzte er ab, nur die Schweizer Demokraten setzten den Familienvater bei den Basler Grossratswahlen 2004 auf eine gemeinsame Liste - ohne Erfolg, dafür erneut mit strafrechtlichen Konsequenzen: 2008 wurde er wegen Wahlbestechung und Drohung verurteilt. 2012 geriet Weber erneut ins Visier der Justiz: Während der Grossratswahlen wurde er wegen Verdacht auf Wahlfälschung festgenommen und verbrachte mehrere Tage in Untersuchungshaft. Die Wahl schaffte er trotzdem.

Was folgte, war eine beispiellose Flut von ausufernden Reden und Hunderten von sinnlosen Anfragen. In vier Jahren brachte er es auf über 400 Voten und insgesamt über 17 Stunden Redezeit - mehr als zweieinhalbmal so viel wie der Zweitplatzierte. Der Regierungsrat, dazu verpflichtet, alle schriftlichen Anfragen zu beantworten, verlor zunehmend die Geduld.

Aber Eric Weber geht es nur vordergründig um den Kampf gegen «Asylanten, die hierherkommen, um Geld zu kassieren und ficki-ficki zu machen». Hauptsächlich geht es ihm um sich selber: Er sei der «bekannteste und beliebteste Grossrat», ein «Rekordhalter» und «Volksheld». Das ist die eine Seite, die des grossen Eric Weber.

Die andere Seite ist die des Opfers: Grossratskollegen, die ihn als «Arschloch» bezeichnen, Ratspräsidenten, die ihm das Wort verwehren, Ausländer, die ihn auf offener Strafe angreifen. Und der Staat erst! Die Polizei schikaniert ihn! Und jetzt: abgewählt. Der Schuldige ist auch hier schnell gefunden: Die Stimmenauszähler seien Linksradikale «mit langen Haaren», die seine Wahlzettel hätten verschwinden lassen.



Kolumne Rudolf Strahm

## Die Profiteure der Hochpreisinsel Schweiz

Eigentlich ist es ein Dauerskandal. Einen Sommer lang besetzte das Thema vor Jahren die Schlagzeilen. Danach wurde es still, und jetzt hat man sich an den Missstand gewöhnt.

Man nimmt einfach hin, dass Schweizer Detailhandelsunternehmen und KMU-Inhaber für die importierten Markenartikel und Importlieferungen schätzungsweise 15 Milliarden Franken mehr an ausländische Hersteller bezahlen als die Detailhandelsketten im Ausland. Man nimmt in Kauf, dass Schweizer Konsumenten zum Einkaufen ins Ausland reisen und dort jährlich 10 bis 12 Milliarden Franken ausgeben. Dem inländischen Detailhandel werden durch den Einkaufstourismus 3 Milliarden Wertschöpfung und eine entsprechende Zahl von Arbeitsplätzen entzogen.

Immer wieder wird der Vorwurf des «Landesverrats» gegen jene Einkaufstouristen geschleudert, die im grenznahen Ausland - sei es aus sozialen Gründen oder aus Schnäppchen-spielerei - Haushaltskosten einsparen. Dieses Konsumenten-Bashing ist fehl am Platz. Wer im Ausland einkauft, nutzt nur seine Rechte als Konsument.

Die grossen Konzerne haben die Hochpreisinsel längst umschiffen, indem sie ihre Einkäufe über ihre ausländischen Töchter abwickeln. Aber kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind neben den Haushaltskonsumenten die echt Bestraften: Sie können nicht für jedes Werkzeug und jedes Ersatzteil ins Ausland reisen. Sie sind auf die Alleinimporteure angewiesen, die ebendiese Lieferungen nur mit dem üblichen Schweiz-Zuschlag von 30 bis 60 Prozent oder mehr vom ausländischen Lieferanten beziehen. Es ist nicht verwunderlich, dass jetzt die gewerbliche KMU-Wirtschaft zusammen mit den Konsumenten eine Volksinitiative lanciert.

### Direktimporte werden verweigert

Die höheren Schweizer Preise von Importprodukten entstehen nicht wegen der höheren Schweizer Löhne im Detailhandel, sondern weil die ausländischen Lieferanten und Markenartikelkonzerne die Direktbelieferung aus dem Ausland zu ausländischen Konditionen verweigern. Ihre Produkte werden nur über ihre Schweizer Verkaufsfilialen oder über Alleinimporteure teurer an Schweizer Detailhändler ausgeliefert. Der Nivea-Konzern Beiersdorf beliefert Migros, Coop und Denner nur über seine Auslieferungsfiliale in Münchenstein BL, und dies zu 30 bis 60 Prozent höheren Preisen. Kosmetika, Zeitschriften, Spielzeuge, Sportartikel für den Detailhandel sind ebenso überteuert wie Druckmaschinen, Druckplatten, Laborgeräte, Ersatzteile und Werkzeuge für die KMU-Wirtschaft.

Die Verweigerung der Direktbelieferung der Schweiz ist ganz klar eine Verletzung des Wettbewerbs, eine Diskriminierung durch selektive Vertriebsverträge. Nach schweizerischem Kartellgesetz wäre dies verboten. Die Wettbewerbskommission (Weko) ist bezüglich dieser vertikalen Lieferbindungen, abgesehen von einigen wenigen Entscheidungen (jüngst zum Fall Elmex), nahezu wirkungslos. In der Kommission sitzen auch die wettbewerbsverhindernden Verbandsvertreter des Schweizerischen Gewerbeverbandes, von Economiesuisse und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Das mittlerweile auf 60 Mitarbeiter ausgedehnte Weko-Sekretariat ist gespalten und operiert oft zwiespältig und ineffizient. Das Departement von Bundesrat Johann Schneider-Ammann toleriert diese Wettbewerbsbehinderung im Sinne von Economiesuisse und wehrte sich gegen die Korrektur des Kartellgesetzes.

Im Hintergrund operieren wirtschaftliche Partikularinteressen gegen den Importwettbewerb. Einige Interessengruppen sind hier exemplarisch aus eigener Erfahrung aufgeführt.

Potente Wettbewerbsgegner sind einmal die Alleinimporteure. Die Galenica-Gruppe ist der grösste Importeur von Kosmetika, Arzneimitteln und Drogerieprodukten. Sie besitzt die Amavita-

Kette mit 155 Apotheken, die Sun-Store-Kette mit 55 Geschäften und den Medi-Service. Mit dem eigenen Vertriebsnetz verdrängt sie mehr und mehr die mittelständischen Apotheker und Drogeristen. Galenica profitiert mit ihrem erfolgreichen Geschäftsmodell von der Lieferverweigerung durch ausländische Hersteller. Der Detailhandel kann Apotheken- und Drogerieprodukte oft nur über Galenica importieren.

Der exekutive Verwaltungsratspräsident und starke Mann der Galenica-Gruppe, Etienne Jornod, präsidiert gleichzeitig auch interventionistisch die NZZ-Mediengruppe. Deren Journalisten rechtfertigen ständig die Hochpreisimporte und bekämpfen mit fast fanatischer Wettbewerbsfeindlichkeit die parlamentarische Gesetzeskorrektur für mehr Importwettbewerb.

Oder da sind die Kartellanwälte, die sich für die Monopolanbieter und Markenartikelhersteller Schlachten gegen die Wettbewerbsbehörden des Bundes liefern. Da sind auch die neoliberalen Wirtschaftsprofessoren, die die Kartelltheorie der US-Konzerne übernommen haben, wonach Lieferbindung und Lieferverweigerung als «legitimate business reasons» - aus legitimem Businessinteresse - toleriert werden müssten. Deren Vertreter wirken auch in der Weko.

### KMU für Beschaffungsfreiheit

Angesichts dieses Hochpreisproblems ist nun den Wirten und Hoteliers, allen voran den von der grenznahen Konkurrenz geplagten Basler Wirten, der Kragen geplatzt. Gastro Suisse lanciert zusammen mit der Stiftung für Konsumentenschutz und den Verbänden der kleineren Maschinen- und Metallbetriebe (Swissmechanic), der Bäcker- und Konditorenmeister und der Hoteliers (Hotellerie-suisse) die «Fair-Preis-Initiative». Damit lassen sie die Spitze des Schweizerischen Gewerbeverbandes im Regen stehen.

Diese Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel - Für faire Preise» will die Beschaffungsfreiheit im Ausland verbessern. In Zukunft sollen Waren und Dienstleistungen, auch Internetbestellungen, im Ausland diskriminierungsfrei beschafft werden können, und zwar auch beim Filial-geschäftsmodell von Nivea. Als ehemaliger Preisüberwacher unterstütze ich diese Initiative.

Die Volksinitiative hat eine pragmatisch-schweizerische Ausnahmeregelung eingebaut: Wenn ein in der Schweiz hergestelltes Produkt im Ausland billiger angeboten wird, ist ein Reimport nicht möglich, um nicht über Auslands-geschäfte die Schweizer Löhne zu gefährden. In der Schweiz hergestellte Nespresso-Kapseln können also nicht in Italien billiger beschafft und in hiesigen Geschäften wiederverkauft werden. Mit dieser Regelung werden die bisher vorgebrachten Abschottungsargumente der Schweizer Markenartikelproduzenten, von Economiesuisse und der Gewerkschaftspolitiker hinfällig.

Wir haben in der Schweiz mehr Sonntagsliberale als andere. Am Sonntag predigen sie Markt und Wettbewerb, und von Montag bis Freitag tun sie alles, um den Importwettbewerb zu behindern. Liberalismus gibts nur in den Sonntagsreden. Die Konsumenten und die KMU tragen die Kosten dafür.

## «Auch Mitglieder der Weko verhindern den Wettbewerb.»



**Rudolf Strahm**

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.

**Spanien** Sozialisten geben den Widerstand gegen konservative Regierung auf. Von Res Strehle

## Nichts zu gewinnen

Motivatoren sprechen mit Vorliebe von Win-win-Situationen - im echten Leben ist leider Lose-lose häufiger. Diese schmerzliche Erfahrung musste in den vergangenen Wochen Spaniens sozialdemokratische Partei PSOE machen. Sie stand vor der Wahl, die Bildung einer neuen Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy weiterhin zu verhindern, ohne stark genug zu sein, eine eigene Regierung zu stellen. Oder aber die Bildung einer neuen konservativen Regierung nach rund 300 Tagen der politischen Blockade mit einer für all ihre Abgeordneten bindenden Stimmenthaltung im Parlament zu ermöglichen.

Am Sonntag haben die Delegierten der PSOE mit 60 gegen 40 Prozent entschieden, sich der Bildung einer konservativen Regierung im zweiten Wahlgang nicht mehr zu widersetzen. Die doppelte Folge dieses Entscheids ist absehbar: Spanien wird eine neue Regierung unter konservativer Führung haben und damit den belgischen Rekord von 541 Tagen ohne gewählte Regierung nicht brechen. Und ihre Beihilfe wird die spanischen Sozialisten weiter schwächen, denn sie werden künftig für die Entscheide der Konservativen mitverantwortlich gemacht werden. Dazu werden voraussichtlich sowohl weitere der EU zugesicherte Sparmassnahmen gehören wie auch eine unerbittliche Haltung gegen weiterführende regionale Autonomien, wie sie vorab Katalonien und das Baskenland fordern.

Die indirekte Zustimmung zu neuen Sparmassnahmen wird der PSOE weitere Verluste in ihrer traditionellen Wählerbasis einbringen, deshalb stimmten die linken Delegierten am Sonntag gegen die Wahlhilfe für Rajoy. Und sie wird ihr zusätzliche Verluste im bevölkerungsreichen Katalonien und dem Baskenland einbringen, deshalb widersetzten sich auch die katalanischen und baskischen Delegierten. Beides wird Podemos, Spaniens linke Alternative zur PSOE, weiter stärken. Deren Parteichef Pablo Iglesias frohlockte bereits im Vorfeld der PSOE-Versammlung über ein künftiges Wachstum ihrer Wählerbasis. Seine Partei hat nun die Chance auf die Führung im oppositionellen Lager.

### Ohne Beifall

Die PSOE-Delegierten sind sich dieser düsteren Aussichten bewusst. Entsprechend erbittert wurde die Debatte am Sonntag geführt. Als das Ergebnis feststand, mochte niemand klatschen. Aber die Alternative erschien noch düsterer: Die Sozialdemokraten hätten voraussichtlich am Weihnachtstag die dritte nationale Wahl innert Jahresfrist verloren. Die Verluste bei den zweiten nationalen Wahlen im Juni und den Regionalwahlen im September in Galicien und dem Baskenland hatten gezeigt, dass die Wähler die Sozialdemokraten für die politische Blockade verantwortlich machten. Danach verlor ihr Parteivorsitzender Pedro Sánchez, der für diesen Kurs («No es no») stand, die Vertrauensabstimmung und musste Anfang Oktober nach einer turbulenten Versammlung zurücktreten. Der Partei drohte zeitweilig gar die Spaltung.

Ob diese Spaltung unter der Führung des interimistisch eingesetzten asturischen Pragmatikers Javier Fernández auf Dauer verhindert werden kann, ist offen. Fernández will für die von ihm unterstützte Deblockierung nun Zusagen von Rajoy, wonach neue Sparmassnahmen nicht die Ärmsten treffen und eine Bildungsoffensive die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit senken soll. Rajoy wiederum verlangt von den Sozialisten, dass ihre Duldung einer neuen Regierung länger dauert als nur bis zur nächsten umstrittenen Vorlage. Er fühlt sich seit dem Wahlsieg seiner Partei in Galicien gestärkt und will mit der neuen Regierung noch unerbittlicher für die nationale Einheit eintreten.

Spaniens Sozialisten von der PSOE werden in diesen Konflikten nur eine Statistenrolle haben. Sie widerspiegelt die aktuelle Lose-lose-Situation der einst starken Sozialdemokratie in den europäischen Krisenländern: Vor einem Verfassungsreferendum mit höchst ungewissem Ausgang wie Matteo Renzi in Italien, nicht mehr wiedergewählt wie voraussichtlich François Hollande in Frankreich, politisch inexistent wie die Pasok in Griechenland - da scheint die PSOE-Stimmenthaltung im zweiten Wahlgang wie eine Vorahnung von Schlimmerem.